

PLENUM 2024



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Bundestag verabschiedet das Cannabis-Gesetz

MARTINA STAMM-FIBICH:

628 532 Menschen fordern bessere Versorgung

CARSTEN TRÄGER:

Wir brauchen das Wachstumschancengesetz

GABRIELA HEINRICH:

Zehn Jahre Krieg in der Ukraine

JAN PLOBNER:

Regierung richtet neues Naturgefahrenportal ein

Bundestag verabschiedet das Cannabis-Gesetz

Am Freitag in der vergangenen Sitzungswoche haben die Regierungsfractionen gemeinsam ein neues Cannabisgesetz verabschiedet. Damit löst die Koalition ein Versprechen ein und begründet einen längst überfälligen Richtungswechsel in der deutschen Drogenpolitik.

Das neue Cannabisgesetz (CanG) sieht den legalen Besitz und Konsum von Cannabis für Erwachsene vor. Es ermöglicht den privaten Anbau, den nichtkommerziellen gemeinschaftlichen Anbau und die kontrollierte Weitergabe von Cannabis durch Anbauvereinigungen. Durch diese Maßnahmen erleichtern wir den verantwortungsvollen Umgang mit Cannabis. Die neuen Regelungen werden zum besseren Schutz der Gesundheit beitragen, die Aufklärung und Prävention stärken sowie den illegalen Markt für Cannabis reduzieren und den Schutz von Kindern und Jugendlichen verbessern.

Die Kritik an der Entkriminalisierung hat keine Substanz. Wer bestreitet, dass die bisherige Verbotspolitik gescheitert ist, verschließt die Augen vor den Fakten. Das vorliegende Gesetz, das insbesondere von Experten in der Suchthilfe breite Unterstützung erhalten hat, macht Schluss mit diesem Irrweg. Wir entkriminalisieren sechs Millionen Menschen und sorgen dafür, gesundheitsgefährdende Beimischungen bei Cannabis künftig der Vergangenheit angehören werden.

Privater Cannabis-Anbau

In Zukunft soll der private Anbau von bis zu drei Cannabispflanzen für den persönlichen Gebrauch erlaubt sein. Die Substanzen müssen jedoch vor dem Zugriff von Kindern und Jugendlichen geschützt werden. Außerdem dürfen nichtkommerzielle Anbauvereinigungen Cannabis anbauen und an ihre Mitglieder zum persönlichen Gebrauch weitergeben.

Hierfür gelten strenge Vorschriften. Anbauvereinigungen dürfen maximal 500 Mitglieder haben, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben müssen. Die Mitgliedschaft in nur einer Anbauvereinigung ist erlaubt. Cannabis darf innerhalb der Anbauvereinigungen nur in begrenztem Umfang an Mitglieder weitergegeben werden, wobei die Mitgliedschaft und das Alter überprüft werden müssen.

Begrenzte Ausgabe von Cannabis

An Mitglieder dürfen maximal 25 Gramm pro Tag oder 50 Gramm pro Monat weitergegeben werden. Die Weitergabe von Cannabis an junge Erwachsene zwischen 18 und 21 Jahren ist auf 30 Gramm pro Monat mit einer THC-Grenze von zehn Prozent begrenzt. Konsumcannabis, egal ob Haschisch oder Marihuana, darf nur in kontrollierter Qualität und in reiner Form weitergegeben werden. Der Konsum von Cannabis ist in einem 100-Meter-Radius um Anbauvereinigungen sowie Schulen, Jugendzent-



In namentlicher Abstimmung wurde über das Gesetz abgestimmt. Foto: Marc Steffen-Unger

ren, Spielplätze und öffentlich zugängliche Sportstätten verboten.

Um Kinder und Jugendliche vor der Droge zu schützen, führen wir ein allgemeines Werbe- und Sponsoringverbot für Konsumcannabis und Anbauvereinigungen ein. Darüber hinaus ist eine Aufklärungskampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung über die Wirkungen und Risiken von Cannabis geplant. Das Gesetz wird wir nach vier Jahren auf seine gesellschaftlichen Auswirkungen hin bewertet werden. Die Verschreibungspflicht für medizinisches Cannabis bleibt bestehen.

Die Reform soll gestuft in Kraft treten. Das Gesetz als Ganzes soll am 1. April 2024 in Kraft treten. Die Vorschriften für den gemeinschaftlichen Anbau in den sogenannten Anbauvereinigungen sollen nachfolgend am 1. Juli 2024 in Kraft treten.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

628.532 Menschen fordern bessere Versorgung

Wenn Sie in den letzten Monaten Ihrer Arztpraxis einen Besuch abgestattet haben, dann hatten Sie vermutlich die Gelegenheit, eine dort ausliegende Petition zu unterschreiben.

Konkret forderte diese: „Die Rahmenbedingungen für die ambulante Versorgung zu verbessern. Derzeit steht die Sicherstellung dieser Gesundheitsversorgung in Deutschland auf dem Spiel. Die wohnortnahe, flächendeckende und qualitativ hochwertige ambulante Versorgung rund um die Uhr war ein Wert, der unser Land auszeichnet hat und den die Bürgerinnen und Bürger schätzten. Jetzt aber stehen die Praxen vor dem Kollaps, sie arbeiten bis zum Anschlag und ihre Kräfte gehen zur Neige.“

628.532 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben diesen Text und machten die Petition zur unterschriebenstärksten Petition in der Geschichte des Bundestages. Der Petent und Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Andreas Gassen, stellte in der öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses fest: „Wir stehen vor einem Kipppunkt und haben große Sorgen, dass die Versorgung der Menschen durch die Praxen perspektivisch wegbricht und nicht mehr regenerierbar ist“. Das ambulante System werde seit Jahren kaputtgespart. Es fehle massiv an Personal. Der Bürokratieaufwand werde immer größer.



Der Petitionsausschuss befasste sich in der vergangenen Sitzungswoche mit der Petition mit den meisten Unterschriften in der Geschichte des Bundestags. Foto: Christian Pöllmann

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach erschien persönlich als Vertreter des Gesundheitsministeriums, ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Unterzeichnern der Petition und dem Petitionsausschuss. Er bestätigte, dass es derzeit großen Reformbedarf gebe, widersprach aber der Kritik der Opposition, dass die Probleme erst mit Amtsantritt der derzeitigen Regierung begonnen hätten.

Für die aktuellen Probleme im deutschen Gesundheitssystem machte der Bundesgesundheitsminister Fehler aus der Vorgängerzeit verantwortlich. Probleme beim ärztlichen Nachwuchs seien auf zu wenige Medizinstudienplätze zurückzuführen, ein Ergebnis der wenig vorausschauenden Sparpolitik unter CDU/CSU. Die Zahl der Medizinstudienplätze hätte demnach schon seit langem um 5000 pro Jahr erhöht werden müssen. Trotz der nun durch die Ampelregierung neu

geschaffenen Medizinstudienplätze „werden wir einen Arztmangel, wie es ihn jetzt schon bei Hausärzten gibt, bei fast allen Facharztgruppen haben“, sagte Lauterbach.

Außerdem werde in den Praxen nun auf Digitalisierung umgestellt. Von der elektronischen Patientenakte, so Lauterbach, habe der Arzt unmittelbare Vorteile. So würden unter anderem telemedizinische Leistungen auch abgerechnet. Als weitere Fehler der Vergangenheit benannte der Minister die Beibehaltung der Arzneimittelregulierung und der Budgetierung. All dies gehe die jetzige Bundesregierung an und Lauterbach verwies auf das geplante Versorgungsstärkungsgesetz, das sich derzeit in der Koordinierung der Bundesregierung befindet und in Kürze dem Bundestag zugeleitet wird. Klar sei für ihn, dass es keinen Sinn mache, in die derzeit ineffektiven Strukturen mehr Geld zu geben.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://www.facebook.com/carstentraegermdb)

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Wir brauchen das Wachstumschancengesetz!

Vor zwei Jahren warnten viele Wirtschaftswissenschaftler angesichts der Folgen des russischen Kriegs gegen die Ukraine vor einem starken Konjunkturreinbruch. Er konnte verhindert werden, aber die Wirtschaft stagniert. Wir brauchen jetzt auch staatliche Wachstumsimpulse – die Union muss ihre Blockade dagegen beenden.

Am Donnerstag der Sitzungswoche hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck den Jahreswirtschaftsbericht vorgestellt. Der Ausblick ist zwiespältig. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat in den vergangenen beiden Jahren heftige ökonomische Turbulenzen ausgelöst. Putin hat den Überfall auf die Ukraine mit einem Angriff auf die wirtschaftliche Ordnung Europas flankiert. Beides belastet unsere Wirtschaft bis heute.

Vor zwei Jahren gab es Prognosen, dass die deutsche Wirtschaft nach einem Stopp der russischen Gaslieferungen um 5 oder gar 10 Prozent einbrechen würde. Das konnte auch durch entschlossenes Handeln der SPDgeführten Bundesregierung verhindert werden. Die Bundesregierung hat die deutsche Energieversorgung gesichert. Sie hat einerseits neue Partnerländer für die Versorgung mit Gas gewonnen und andererseits die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien durch wirksame Reformen auf Rekordniveau erhöht. Die Gasspeicher waren und sind in beiden Wintern mehr als ausreichend gefüllt gewesen. Die Gas- und Strompreise am Großmarkt und für Neukunden liegen wieder auf oder sogar unter dem Niveau von Januar 2022. Die energieintensive Industrie zieht wieder an und er-



WAL_172619 / PIXABAY.COM

höht ihre Produktion. Das sind wichtige und hart erarbeitete Erfolge.

Gleichzeitig ist der Welthandel eingebrochen. Im Jahr 2023 ist das Wachstum des Welthandels von 5,2 Prozent auf nur noch 0,4 Prozent gesunken. Das Welthandelsvolumen der Länder, mit denen wir am meisten handeln, ist sogar von 7 Prozent auf nur noch 1 Prozent um 85 Prozent zurückgegangen. Das hat enorme Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft, da unsere Wertschöpfung etwa zur Hälfte vom Export abhängt.

Die Inflation sinkt und soll sich Ende 2024 wieder der 2%-Zielmarke nähern. Nachdem die Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen beiden Jahren durch die Preissteigerungen effektiv weniger Geld in den Taschen hatten, kehrt sich der Trend seit dem

Jahreswechsel langsam um. Die sinkende Inflation bringt neue Spielräume in der Zinspolitik der EZB, was private Investitionen begünstigen würde. Und wir haben darauf geachtet, dass im Bundeshaushalt massiv investiert wird, auch wenn die Mittel wegen der Schuldenbremse begrenzt sind.

Insgesamt hat der Jahreswirtschaftsbericht die Wachstumsprognose von 1,3 Prozent für 2024 auf 0,2 Prozent abgesenkt. Wir sind weiter in schwierigem Fahrwasser.

Deshalb müssen wir jetzt auch von Seiten des Bundes und der Länder Wachstumsimpulse geben – mit dem Wachstumschancengesetz. 18 Wirtschaftsverbände haben in einem Brief an die Ministerpräsidenten eindringlich gefordert, das Gesetz so schnell wie möglich zu verabschieden. Die Union verweigert dem bereits gekürzten Gesetz weiter aus Parteitaktik die Zustimmung. Sie ignoriert den dringenden Bedarf der Wirtschaft und wirft stattdessen völlig unfinanzierte Nebelkerzen in die Debatte. Das ist unseriös und unverantwortlich. Die Union muss ihre Blockade aufgeben. Wir kämpfen weiter dafür, dass unsere Wirtschaft die Unterstützung bekommt, die sie braucht!



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Zehn Jahre Krieg in der Ukraine

Wer ein friedliches Europa und eine friedliche Welt will, darf Putin nicht gewähren lassen. Deutschland wird bei der Unterstützung für Kiew nicht nachlassen.

Seit 10 Jahren lebt Wladimir Putin seine imperialistischen Träume in der Realität aus. Mit der Krim fing es an. Vor zwei Jahren hat Russland das gesamte Land überfallen. Wir tun gut daran, die Ukraine weiterhin zu unterstützen.

Seitdem ich im Bundestag sitze, leidet die Ukraine unter russischer Aggression. Im Jahr 2014 hatten Europa und die internationalen Organisationen sich der Hoffnung auf eine friedliche Lösung hingegeben, als Russland sich die Krim einverleibte.

Doch statt auf Verhandlungen und Abkommen, setzte Putin nur auf noch mehr Gewalt. Mit immenser Solidarität helfen Deutschland, Europa und seine Verbündeten der überfallenen Ukraine. Nicht ganz uneigennützig.

Was würde passieren, wenn wir die Ukraine nicht mehr unterstützen würden?

Vor dem Bundestag habe ich betont: In der Ukraine geht es gerade um Frieden und Freiheit in ganz Europa. Wenn Putin nicht gestoppt wird, macht er weiter – möglicherweise in Moldau oder Georgien. Auch das Baltikum fühlt sich nicht sicher. Alle freiheitlichen Demokratien sind in Gefahr. Denn Demokratie ist das einzige, wovor Putin – zu Recht – Angst hat.

Wer ein friedliches Europa und eine friedlichere Welt möchte, darf es Putin nicht durchgehen lassen, mal schnell die Grenzen zu seinen Gunsten zu verschieben. Ganz klar, wenn es Signale aus Moskau gibt, muss die Diplomatie auch wieder aktiv werden. Im

Moment jedoch sehe ich dafür einfach keine Grundlagen. Präsident Putin ist bisher keinen Millimeter von seinen Kriegszielen abgerückt. Und die Ukraine weigert sich selbstverständlich, jetzt über Gebietsabtretungen zu verhandeln.

Antrag im Bundestag bekräftigt deutsches Engagement

Deutschland ist nach den USA zweitgrößter Geber für die Ukraine. Die Bundesregierung beziffert die geleisteten Hilfen mit 28 Milliarden Euro. Während der Debatte im Bundestag habe ich gesagt: Es gibt keinen Grund, das immense Engagement kleinzureden. In einem Antrag forderten die Ampel-Fraktionen die Bundesregierung jetzt dazu auf, nicht nachzulassen. Und wir lassen auch nicht nach!



Fahnen, Transparente und Blumen vor der Russischen Botschaft in Berlin zum Jahrestag des Kriegsbeginns.

Die militärische Unterstützung für 2024 wurde auf mehr als sieben Milliarden Euro erhöht. Und wir engagieren uns weiterhin nicht-militärisch, das umfasste der Zeitenwende-Begriff des Kanzlers von Anfang an: Das Entwicklungsministerium hat bisher über 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Verschiedene Projekte und Programme unterstützen den Wiederaufbau, die Infrastruktur, Reformen für den EU-Beitritt und die Stärkung der Zivilgesellschaft. Ein starkes Signal: Die internationale Wiederaufbaukonferenz wird im Juni durch das Entwicklungsministerium in Berlin ausgerichtet.



Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

✉ jan.plobner@bundestag.de

☎ 030 - 227 71 577

🌐 www.jan-plobner.de

📘 facebook.com/janplobner.5

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Regierung richtet neues Naturgefahrenportal ein

Die Fraktionen der Regierungskoalition haben eine Änderung des Gesetzes über den Deutschen Wetterdienst (DWD) beschlossen. Künftig soll beim DWD ein Naturgefahrenportal angesiedelt werden, über welches sich Bürger*innen im Internet möglichst frühzeitig über mögliche Gefahrenlagen bei sich vor Ort informieren können.

Vor dem Hintergrund häufiger auftretender schwerer Unwetter – insbesondere der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen 2021 – haben sich die Fraktionen der SPD, Grünen und FDP darauf geeinigt, die Rechtsgrundlage für den Betrieb eines Naturgefahrenportals beim Deutschen Wetterdienst (DWD) zu schaffen. Das Andenken an die Opfer – insbesondere an diejenigen, die ihr Leben verloren haben – ist auch ein Auftrag an den Gesetzgeber gewesen, in der Zukunft besser über mögliche Naturgefahren aufzuklären und für entsprechende Vorsorgemaßnahmen so früh wie möglich Informationen bereitzustellen.

Deshalb soll das bestehende Warnsystem in Deutschland ergänzt und der Zugang zu Vorsorge- und Warninformationen verbessert werden. Über das Naturgefahrenportal sollen die Bürger*innen sich im Web über Lage- und Vorsorgeinformationen sowie Frühwarnungen zu Naturgefahren wie Unwetter, Hochwasser oder Sturmfluten informieren können. Künftig wird

es jede*r Bürger*in möglich sein, eigenständig im Webportal Warnungen über Unwetter oder andere Naturgefahren abzurufen, um so besser die nötigen Vorkehrungen treffen zu können – bestenfalls schon bevor eine akute Gefahrenlage besteht.

Zusätzlich wird der DWD dafür Sorge tragen, dass auch die Informationen anderer Behörden zu etwaigen Naturgefahren zentral gesammelt und an die richtigen Stellen weiterverbreitet werden. Mit der Einrichtung des Naturgefahrenportals wird die Regierung dem Ersuchen der Länder nachkommen, mehr Unterstützung bei der Herausgabe ihrer Warnungen und Informationen bezüglich des Katastrophenschutzes zu erhalten. In enger Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wird der DWD eine zentrale Rolle bei der Koordination zwischen Bund und Ländern sowie den zuständigen Behörden in Extremsituationen einnehmen.

Den Sozialdemokrat*innen im Deutschen Bundestag ist es ein besonderes Anliegen, dass bei der Umsetzung des Gesetzes Barrierefreiheit von Beginn an mitgedacht wird und eine zentrale Rolle bei der Einrichtung des Naturgefahrenportals spielt. Es ist absolut entscheidend, dass wirklich allen Bürger*innen der Zugang zu diesen im Zweifel lebensrettenden Informationen so einfach und verständlich wie möglich gestaltet wird. Menschen mit



Der Berichterstatter für den Deutschen Wetterdienst in der SPD-Bundestagsfraktion, Jan Plobner, freut sich über den vertrauensvollen und ergebnisorientierten Ablauf der parlamentarischen Beratungen zwischen den Regierungsfractionen.

Beeinträchtigungen sind in Katastrophensituationen besonders gefährdet. 2021 sind bei der Hochwasserkatastrophe allein dreizehn Menschen mit geistiger Behinderung gestorben, zwölf davon lebten im selben Behindertenwohnheim in Sinzig. Wir müssen auch dafür Sorge tragen, dass die Informationen aus dem Naturgefahrenportal diejenigen erreichen, die keinen Zugang zum Web haben, und in Leichter Sprache für jederfrau verständlich aufzufinden sind. Alle Formate, über die Kriseninformationen verbreitet werden, müssen in barrierefreier Form auffindbar sein – beispielsweise in Gebärdensprache, mit Untertiteln, mit Text-zu-Sprache-Option.